

Streikalarm in Schleswig-Holstein: Warnstreiks lähmen den öffentlichen Dienst!

Am 12. Februar 2025 ruft ver.di Beschäftigte im öffentlichen Dienst in Ostholstein zu Warnstreiks auf. Proteste in Lübeck und Kiel.



Lübeck, Deutschland - Am Donnerstag, dem 12. Februar 2025, hat die Gewerkschaft ver.di die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Schleswig-Holstein zu Warnstreiks aufgerufen. Diese Streiks betreffen landesweit diverse Einrichtungen des öffentlichen Dienstes, darunter kommunale Senioreneinrichtungen, Krankenhäuser, Ordnungsdienste, städtische Theater, Energieversorgungsunternehmen sowie Kitas und Sparkassen.

In Lübeck ist ein Schwerpunkt der Proteste geplant, mit einem Treffen am Gewerkschaftshaus um 8:30 Uhr und einer

Demonstration durch die Innenstadt ab 10:30 Uhr. Auch in Kiel und Rendsburg sind Kundgebungen und Demonstrationen vorgesehen. Rund 2.000 Mitarbeitende im Rettungsdienst in Ostholstein, Stormarn und Herzogtum-Lauenburg sind ebenfalls zum Warnstreik aufgerufen. Während die Notrufnummer 112 weiterhin besetzt ist, könnte es bei nicht lebensnotwendigen Krankentransporten zu Ausfällen kommen. Hintergrund sind die unzufriedenstellenden Ergebnisse der ersten Verhandlungsrunde mit den Arbeitgebern, bei der keine Angebote unterbreitet wurden, wie **ndr.de** berichtete.

Forderungen und Reaktionen

Die Gewerkschaft fordert eine Lohnerhöhung von 8 Prozent oder mindestens 350 Euro mehr pro Monat, drei zusätzliche Urlaubstage sowie höhere Zuschläge für belastende Tätigkeiten. Des Weiteren sollen die Ausbildungsgehälter und Praktikantenentgelte um 200 Euro monatlich angehoben werden. Die Arbeitgeberseite, vertreten durch die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA), hat die Warnstreiks als unangemessen kritisiert, da grundlegende Verhandlungen noch nicht begonnen haben. Die nächste Verhandlungsrunde ist für den 17. und 18. Februar sowie Mitte März in Potsdam geplant.

Zusätzlich hat ver.di in einer bundesweiten Ankündigung signalisiert, dass die Warnstreiks möglicherweise ausgeweitet werden könnten, insbesondere auf Flughäfen. Dies könnte zu massiven Störungen im öffentlichen Nah- und Flugverkehr führen, wie **tagesschau.de** berichtete. Der Tarifkonflikt betrifft rund 2,5 Millionen Beschäftigte von Bund und Kommunen und umfasst Forderungen, die bereits in Warnstreiks in mehreren Regionen, wie Berlin und dem Rheinland, diskutiert wurden. Die Gewerkschaft drängt die Arbeitgeber nun, ein konkretes Angebot vorzulegen, während die nächste Verhandlungsrunde bevorsteht.

Details	
Vorfall	Streik
Ursache	unzufriedenstellende Ergebnisse der ersten Verhandlungsrunde
Ort	Lübeck, Deutschland
Quellen	• www.ndr.de • www.tagesschau.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de